

Gründung eines Komitees zur Förderung der Ratifizierung der UNESCO-Konvention 2001 durch den Deutschen Bundestag

Nachdem aus den Reihen der Bundestagsabgeordneten der 17. Legislaturperiode der Vorschlag einer Komitee-Gründung gemacht wurde, um die Ratifizierung der UNESCO-Konvention zum Schutz des kulturellen Erbes unter Wasser außerparlamentarisch voran zu bringen, setzte sich am 21.03.2014 im Rahmen der DEGUWA-Tagung „In Poseidons Reich XIX“ in Uhdingen-Mühlhofen eine Gruppe von Experten zusammen, um dies zu diskutieren und das weitere Vorgehen zu besprechen. Vorausgegangen war der Sitzung ein Aufruf der DEGUWA zur Gründung des Komitees, welcher an insgesamt über 300 Adressen von Landesarchäologien, Universitätsinstituten der Altertumswissenschaften, Museen und diverse Altertumsverbände versendet worden war. Wichtig sei es jetzt, eine passende Form und Ideen zu finden, um das Anliegen schnell umzusetzen, wie Dr. Ronald Bockius (Museum für Antike Schifffahrt in Mainz) bemerkte. Dr. Ralf Bleile (Archäologisches Museum Schloß Gottorf) machte darauf aufmerksam, daß auch internationale Ausstellungsprojekte wie das in Schleswig geplante Projekt zum Wrack der Prinsessan Hedvig Sophia, welches unter der Schirmherrschaft der UNESCO steht, dazu genutzt werden könnten und sollten, um auf die Ratifizierung der UNESCO-Konvention aufmerksam zu machen. Der politische Prozeß sollte vor allem über die einzelnen archäologischen Verbände bewegt und das Gespräch mit Prof. Dr. Hermann Parzinger gesucht werden, da ihm als Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie des Deutschen Verbandes für Archäologie der Zugang in die höchsten Reihen der deutschen Politik offen stehen würde. Es sei eine Koordination wünschenswert, die in der Lage ist, die politischen Kräfte zu bündeln, damit die Ratifizierung bald erreicht werden kann, setzte Prof. Dr. Gunter Schöbel vom Pfahlbauten-Museum Unteruhldingen hinzu. Nicht unterschätzt werden dürfe außerdem dabei die Unterstützung von anderen Ländern. Am besten wäre es, einen Weg zu finden, der innerhalb des politischen Raumes mehrgleisig zum Ziel führen kann. Peter Winterstein, Direktor der DEGUWA, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es besonders wichtig sei, persönlich auf die politischen Vertreter zuzugehen und für Aufklärung unter den Abgeordneten zu sorgen. Dies könnte von einzelnen Verbänden in den entsprechenden Wahlkreisen übernommen werden. Dabei sollte das Vorgehen nicht parteipolitisch ausgerichtet sein, alle Parteien sollten in gleicher Weise angesprochen werden. Daß die Konvention mehr Vor- als Nachteile beinhalten wird, stehe nicht mehr zur Debatte, nun müsse man sich vor allem genug

Gehör verschaffen und alle in Deutschland an der Unterwasserarchäologie Beteiligten im Komitee vereinen, um den Prozeß zu beschleunigen, verdeutlichte Dr. Hanz Günter Martin, stellvertretender Direktor der DEGUWA. Auch er unterstrich die Wichtigkeit des Drucks aus dem Ausland, da von den großen Ländern in Europa bisher nur Deutschland und England die Konvention noch nicht ratifiziert hätten. Das Interesse müsse stetig am Laufen gehalten werden, da die Abgeordneten durch ihren Einsatz für die Konvention nichts zu gewinnen hätten. Dies mit Hilfe eines dafür zuständigen Komitees voranzutreiben, sei keine schlechte Idee, so Ralf Bleile, da es mehr Kräfte als bisher bündeln würde. Besonders wünschenswert wäre auch die Unterstützung der Landesarchäologen, von denen bisher keine Rückmeldung einging sowie die Einbindung der Kommission für Unterwasserarchäologie, dessen Sprecher Dr. Friedrich Lüth auch Mitglied einiger anderer wichtiger archäologischer Institutionen ist. Laut Gunter Schöbel käme auf jeden Fall Unterstützung vom Verband für Archäologie, ohne den auf keinen Fall in der Sache vorgegangen werden sollte. Ebenso sollten der schleswig-holsteinische Landesarchäologe Claus von Carnap-Bornheim und Friedrich Lüth unbedingt mit eingebunden werden. Die bisherige Zurückhaltung des DAI in der Unterwasserarchäologie könnte damit erklärt werden, daß zwar kein eigenes Engagement erfolgt, Interesse und Bemühungen in diesem Bereich jedoch durchaus befürwortet werden, erklärte Prof. Christoph Börker. Da sich die Präsidentin des DAI, Friederike Fless, bisher nicht geäußert habe, sei es besser sich weiterhin an Hermann Parzinger zu halten, stellte Hanz Günther Martin fest. Von den Landesarchäologen zeigten sich bisher besonders diejenigen desinteressiert, deren Länder keine besonderen Tauchgelegenheiten zu bieten hätten, wie z.B. Thüringen oder Hessen (Vermutung Börker). Als „Dreigestirn“ für den nötigen politischen Druck sollten Parzinger, Lüth und von Carnap-Bornheim formiert werden, so Bleile und auch die geplante Ausstellung in Schleswig sollte in Berlin zur Sprache gebracht werden. Bei der kommenden DEGUWA-Tagung in Nürnberg 2015, bei der die Ratifizierung der UNESCO-Konvention im Mittelpunkt stehen wird, hat sich der Bayerische Ministerpräsident bereit erklärt, die Schirmherrschaft zu übernehmen und somit habe man bereits einen Fuß in die bayerische Politik gesetzt, fügte Peter Winterstein hinzu. Außerdem müsse überlegt werden, wer noch hinzugezogen werden könnte (z.B. Harald Meller, Landesarchäologe von Sachsen-Anhalt) und ob Möglichkeiten wie die der Ausstellung in Schleswig auch anderweitig vorhanden wären, z.B. in Mainz. Um ein stilles Vorgehen der einzelnen und die Vernachlässigung des Austausches untereinander zu verhindern, sollten 5-6 Leute ernannt werden, die stetig an der Sache arbeiten und sich regelmäßig (z.B. alle vier Wochen) über den Stand der Dinge

austauschen sollten, schlug Ralf Bleile vor. Dieses „Steering Committee“ fand sich schließlich zum Ende der Sitzung in Ralf Bleile, Ronald Bockius Hanz Günter Martin, Gunter Schöbel und Peter Winterstein zusammen. Diesem Kreis könnte noch Prof. Dr. Christoph Schäfer von Seiten der Historiker hinzutreten.

Berlin, 27.03.2014

Gez. Anne-Kathrin Piele